

In Möckmühl ist das Gymnasium Stadtgespräch – Seit der Einsetzung von Ursula Durand hat sich das Schulklima verschlechtert

# Eltern fordern die Absetzung der Direktorin

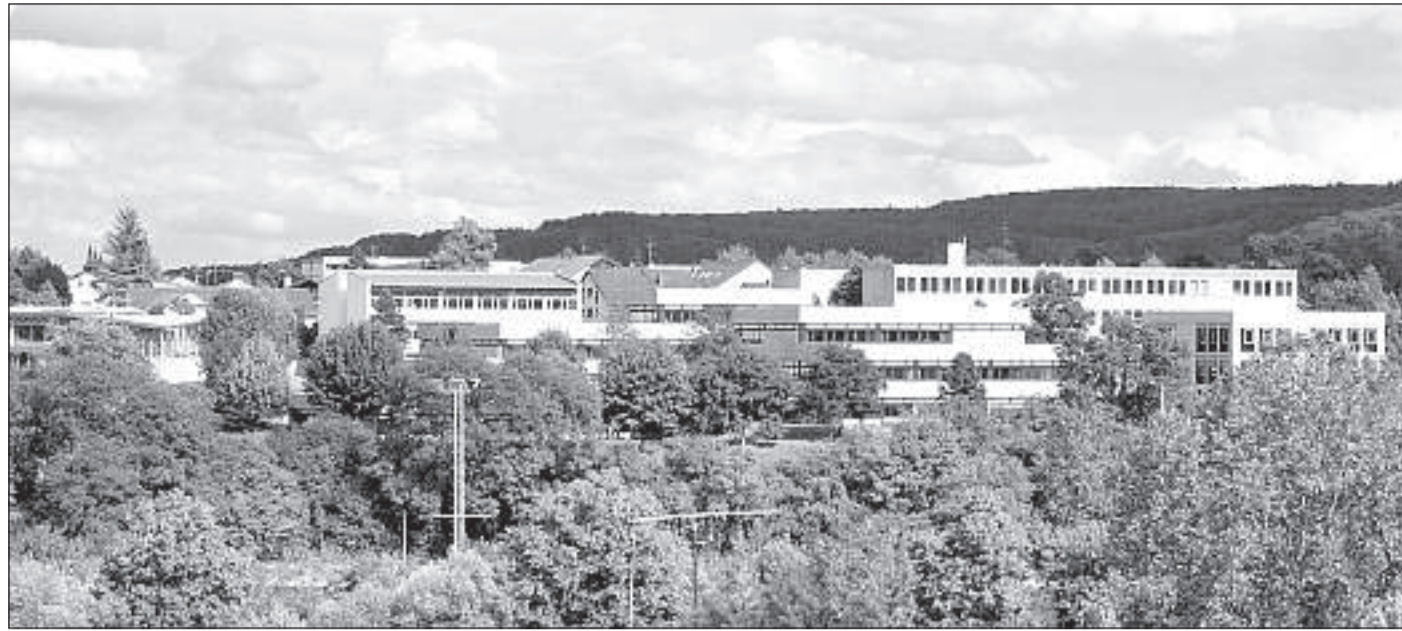
Von Barbara Barth

Was ist los am Gymnasium Möckmühl? Das fragen sich seit einem Jahr Schüler, Eltern, Lehrer, die Stadtverwaltung, der Gemeinderat und benachbarte Kommunen. Am Gymnasium brodelt es. Seit die neue Schulleitung im Amt ist, herrschen Resignation und Missstimmung. Die Forderungen nach Abberufung sind mittlerweile einhellig.

Doch alle Versuche, das Oberschulamt zu einer Versetzung der Direktorin Ursula Durand und ihres Stellvertreters Uwe Reif zu bewegen, sind bislang ergebnislos. Auch Kultusministerin Annette Schavan ist eingeschaltet. Aber Bürgermeister Ulrich Stammer, als Schulträger ist die Stadt mitverantwortlich für das Wohl und Wehe des Gymnasiums, ist erst vor wenigen Tagen wieder mit leeren Händen aus Stuttgart zurückgekehrt. „Eine Versetzung kommt für die Ministerin scheinbar nicht in Frage“, erklärte er gegenüber der Heilbronner Stimme.

Die Probleme begannen bereits kurz nach der Amtseinsetzung von Durand (57) im Frühjahr 2003. Die Latein- und Erdkundelehrerin am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium in Heilbronn wurde vom Oberschulamt als Nachfolgerin des in den Ruhestand verabschiedeten Richard Egner bestimmt. Ausbleibende Begrüßungen, geschlossene Türen ins Sekretariat, die Nichtteilnahme an Schulfesten oder die Wegnahme eines PC mit Internetzugang für die Schüler verschlechterten das Klima zusehends. „Der Umgangston mit Schülern, Lehrern und Eltern hat harsche, undiplomatische und diktatorische Züge“, heißt es in einer Stellungnahme des Elternbeirats.

Der Schulstandort Möckmühl mit Haupt-, Real-, Werkrealschule und Gymnasium: Die Sorge um das Gymnasium beschäftigt mittlerweile die ganze Stadt. (Foto: Ulrike Kugler)



Die „Strafversetzung“ des „aufmüpfigen“, beliebten Lehrers Volkmar Drauz nach Öhringen konnte von Bürgermeister Ulrich Stammer erst in letzter Minute verhindert werden. „Das Verhältnis zwischen Schülern und Schulleiterin ist zertrübt“, umschreiben zwei Abiturienten die Zustände am Gymnasium Möckmühl.

Zu den menschlichen Defiziten werfen die Kritiker der Oberstudienfachliche Mängel vor: So lud sie die jetzigen Fünftklässler zu einer Informationsveranstaltung über das achtjährige Gymnasium ein, obwohl sie die Viertklässler hätte ansprechen müssen. Im fehlenden Etatnachtrag der Schule bei der Haushaltsberatung durch den Gemeinderat der Stadt seien weitere Anzeichen von Überforderung. Eine neue Schülerbibliothek ist unbrauchbar, weil die Schulleitung die erforderlichen Bücher nicht be-

stellt. Ein besorgter Bürger der Stadt beschreibt in einem Brief an Ministerin Schavan die Situation so: „Innerhalb eines Jahres ist das Gymnasium infolge der Neubesetzung der Schulleiterstelle völlig heruntergewirtschaftet.“

Zu den Sorgen der Stadt um den Ruf des Gymnasiums, äußert sich Bürgermeister Ulrich Stammer. Kinder aus den Gemeinden Billigheim, Roigheim, Jagsthausen und Schöntal hätten geäußert, das Möckmühler Gymnasium künftig zu meiden und lieber nach Osterburken zu gehen. „Schüler aus Neudenau, Herbolzheim und Siglingen wollen nicht mehr in Möckmühl aussteigen, sondern mit dem Zug weiterfahren nach Adelsheim.“ 24 Möckmühler Grundschüler mit einer Empfehlung für das Gymnasium

wurden von ihren Eltern in der Realschule angemeldet. Der Handels- und Gewerbeverein beklagt in einem Brief an Stammer den Schaden, der durch den Rückgang der Schülerzahlen bei Kundenbindung und Käuferpotenzial entstehe. „Möckmühl hat Millionen in den Schulstandort investiert“, klagt Ulrich Stammer. „Wenn die Tendenz

so weiter geht, steht die Existenz des Gymnasiums auf dem Spiel.“

Bürgermeister Ulrich Stammer

Stammers Kollegen aus dem Bürgermeistersprengel Jagst-/Seckachtal haben ihn aufgefordert, sich beim Oberschulamt „für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse am Gymnasium Möckmühl“ zu verwenden. Der Elternbeirat hat in einer Sitzung am 21. Juni mit überwältigender Mehrheit (36 von 40 Stimmen) die Abbe-

rufung Ursula Durands gefordert. Ebenso die ihres Stellvertreters Uwe Reif (37 von 40 Stimmen). Der Gemeinderat der Stadt hat im Mai in nichtöffentlicher Sitzung einstimmig die Versetzung der Schulleitung beantragt. Gestern Abend gab Stammer dieses Ergebnis öffentlich bekannt. Wie die Heilbronner Stimme erfuhr, plädieren auch die Lehrer für die Absetzung. Von 38 anwesenden der insgesamt 45 Pädagogen sprachen sich 34 für eine Versetzung der Schulleitung aus. Der Elternbeiratsvorsitzende, Dr. Kurt Hahn, beklagt eine „totale Fehleinschätzung der Lage“ durch das Oberschulamt, Bürgermeister Stammer wirft der Behörde „eine bewusste Verschleppung“ des Problems vor. Ursula Durand lehnte eine persönliche Stellungnahme gegenüber der Heilbronner Stimme ab. Sie verwies auf den Pressesprecher des Oberschulamts. Dieser war gestern nicht erreichbar.

Gesprächsrunde in Nordheim

## Die Stimme zu Gast im Park

Die Heilbronner Stimme ist am Donnerstag, 22. Juli, vor Ort auf der Nordheimer Gartenschau. Redakteurin Claudia Schönberger spricht auf der Parkbühne im Festzelt mit den Machern des Blumensommers. Mit dabei sind unter anderem Bürgermeister Volker Schiek, Blumensommer-Geschäftsführer Jochen Schmidt und Gisela Frey-Englisch, die für die Organisation des Programms verantwortlich zeichnet. Beginn der Gesprächsrunde ist um 17.15 Uhr.



Leicht Verletzter in Zaberfeld

## Rollerfahrer über Auto geschleudert

Mit leichten Verletzungen ist am Sonntagabend ein 24 Jahre alter Rollerfahrer davongekommen, der gegen 18.30 Uhr in Zaberfeld mit einem Auto zusammengestoßen war. Der junge Mann war in der Häfnerhaslacher Straße vermutlich mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs. Als eine entgegenkommende 23-jährige Opel-Fahrerin in eine Hofeinfahrt einbog, übersah sie offenbar den Roller-Fahrer. Es kam zum Zusammenstoß. Der 24-Jährige prallte frontal gegen den Opel und wurde über die Haube und dann über das Dach des Wagens geschleudert. Es entstand ein Schaden von rund 2500 Euro. (red)

Der Kreistag Heilbronn sieht bei SLK-Krankenhäusern auch in Zukunft einschneidenden (Be)handlungsbedarf

# Kliniken sind trotz Fusion noch nicht gesund

Von Iris Baars-Werner

Keinen Grund zur Zufriedenheit sieht die SPD-Kreisrätin Madeleine Klotz im Jahresabschluss 2003 der gemeinsam mit der Stadt Heilbronn betriebenen Kliniken. Ihr hartes Urteil: Die Fusion der Krankenhäuser sei weder bewältigt noch sei es sicher, dass der Zusammenschluss auf Dauer ein Erfolg werde.

Die Kliniken am Heilbronner Gesundbrunnen, am Plattenwald in Bad Friedrichshall, in Brackenheim und Möckmühl sind seit 1. Januar 2001 zwar unter dem gemeinsamen Dach der Stadt-Landkreis-Kliniken (SLK) zusammengeführt. Das ändert jedoch auch Jahre nach dem Zusammenschluss nichts daran, dass Stadt- und Kreispolitiker die Krankenhäuser und ihre finanzielle Lage keineswegs als Einheit sehen. Dies zeigte sich erneut diese Woche bei der Vorlage des Jahresabschlusses 2003 im Heilbronner Kreistag.

Lob für die Arbeit der ehemaligen

Landkreiskliniken, Kritik am immer noch hohen Defizit des Heilbronner Klinikums – das ist die Realität im vierten Jahr der Fusion aus Kreis-sicht. Die „große Aufgabe der Umstrukturierung“ sei im Landkreis „kooperativer umgesetzt worden als im Gesundbrunnen“ bemängelte für die CDU-Kreistagsfraktion Rolf Bernauer. Und auch SPD-Kreisrätin

Madeleine Klotz forderte, der von Aufsichtsrat und Geschäftsführung festgelegte „schmerzhaft

Veränderungsprozess“ müsse endlich „von allen Führungskräften unterstützt werden“. Werde nämlich die Fusion weiterhin nicht bewältigt, dann bestehe die Gefahr, „dass die SLK-Kliniken privatisiert werden müssen.“ Beim „steinigen und gefährlichen Weg“, der vor dem Klinikwesen des Unterlandes liege, dürften, so Madeleine Klotz, „die Kreiskliniken nicht untergebuttert werden“. Die Erwartung, „dass sich

die Fusion rechnet“, erhob auch Grünen-Kreisrätin Friederike Wilhelm – ansonsten plädiere sie für eine Korrektur der Krankenhaus-Politik des Landkreises Heilbronn.

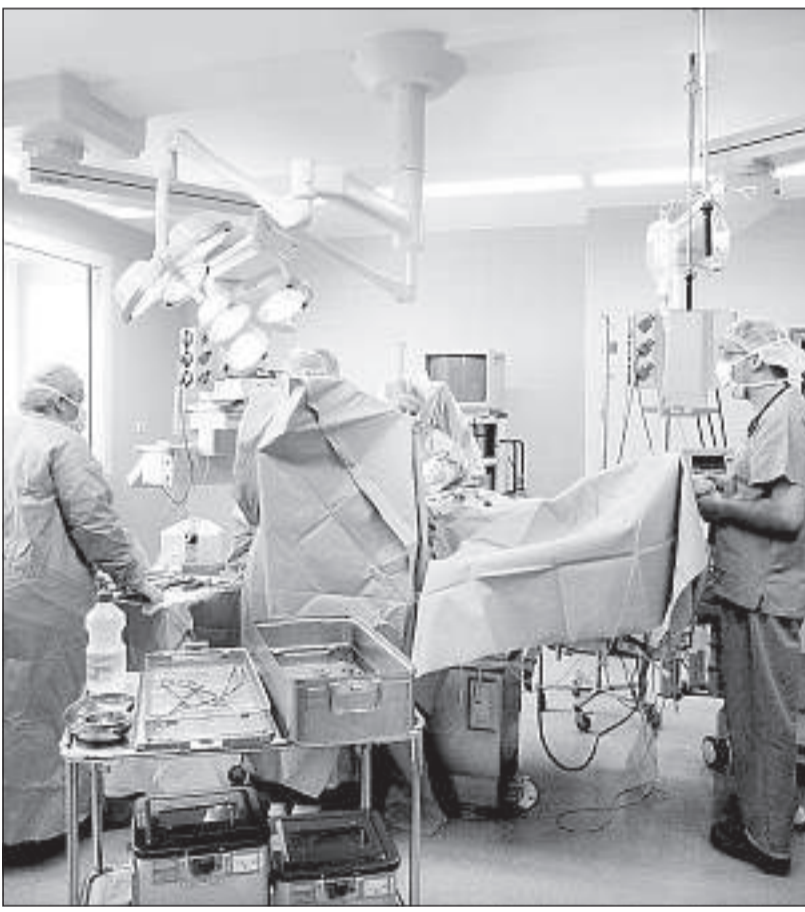
Hauptpunkt der Kritik der Kreisräte: Noch immer hat die größte der vier unter dem SLK-Dach zusammengeführten Kliniken, der Heilbronner Gesundbrunnen, im Gegensatz zu den Häusern im Landkreis ein hohes Defizit.

Das trägt in den ersten fünf Jahren der Fusion zwar die Stadt Heilbronn selbst. Doch Ende 2005 fällt der vereinbarte getrennte Defizit-ausgleich weg: Stadt und Landkreis müssen dann zu gleichen Teilen für die Klinikfehlbeträge aufkommen. Eine Tatsache, die den Kreispolitikern wegen der angespannten Finanzlage des Kreises Sorge bereitet.

Die SLK-Kliniken haben eine Bilanzsumme von 235 Millionen Euro und ein Minus, das sie nicht selbst

erwirtschaften konnten, von 4,5 Millionen Euro. Der Gesundbrunnen ist am Defizit mit 4,2 Millionen beteiligt, die drei Kreiskrankenhäuser mit insgesamt 296 000 Euro. Ihr Ergebnis gegenüber 2002 haben die SLK-Kliniken um rund 806 000 Euro verbessert – allein die Spitäler im Kreis trugen zu dieser Verbesserung 760 000 Euro bei. Die Stadt Heilbronn muss laut Verschmelzungsvertrag 2,8 Millionen Euro zuschießen, für den Kreis entstand kein ausgleichspflichtiger Betrag.

Landrat Klaus Czernuska und SLK-Geschäftsführerin Susanne Schlichtner sehen im Gegensatz zu den Kreisräten die Zusammenführung auf einem guten Weg. Das Defizit des Gesundbrunnens relativiere sich, da 2003 lang versäumte Rückstellungen getätigt worden seien. Weitere Verbesserungsvorschläge erhoffen sich beide aus dem neuen Strukturgutachten, das im Herbst vorgelegt werden soll. Es soll Behandlungsvorschläge für den Patienten SLK-Kliniken bringen.



Einschneidende Eingriffe – einer Operation vergleichbar – erwarten die Kreispolitiker auch weiterhin bei den SLK-Kliniken.

Land tauscht Tabletten für mögliche Atom-Unfälle aus

# Jeder Haushalt erhält in GKN-Zone Jodpillen

Von Joachim Kinzinger

Wirksamere Jodtabletten sollen das Risiko einer Krebserkrankung nach einem Atomunfall in einem Kernkraftwerk senken. Die Austauschaktion beginnt im Herbst. Neu ist: Im Zehn-Kilometer-Radius rund um Neckarwestheim und Obrigheim erhalten die Haushalte vorsorglich eine Packung mit 20 Kaliumiodid-Tabletten.

Der Bund stellt nach Angaben des Stuttgarter Innenministeriums insgesamt 137 Millionen Tabletten bereit. Allein 30 Millionen seien für Baden-Württemberg vorgesehen. Alte Präparate, die nach der Freisetzung von radioaktivem Jod bei einem Atomunfall verhindern sollen, dass sich Nuklearteilchen in der Schilddrüse einlagern, sind laut Innenministerium noch wirksam. Aber: „Sie werden durch effektivere Tabletten ersetzt“, erklärt Ministeri-

umssprecher Jürgen Vogt. Bei der Austauschaktion orientiert sich das Land an den Empfehlungen von Weltgesundheitsorganisation und Strahlenschutzkommission.

Bisher bewahren Kommunen und Landratsämter an zentralen Stellen Jodtabletten in einem Radius bis 25 Kilometer um Kernkraftwerke auf. Die Dragees sollen nach einem Unfall an die Bevölkerung verteilt werden. In der Zehn-Kilometer-Zone wird diese Verfahrensweise nun geändert. Hier gibt es die Pillen gleich zur Vorsorge. „Damit soll sichergestellt werden, dass die Tabletten innerhalb von wenigen Stunden nach einer Freisetzung von radioaktivem Jod eingenommen werden können“, teilt das Innenministerium mit. Pressesprecher Vogt empfiehlt den betroffenen Gemeinden bei der Ausgabe an die Bevölkerung: „Apotheken wären eine schöne Lösung. Da kommt jeder vorbei.“



Das Kernkraftwerk Neckarwestheim und die Standortgemeinde. Im Nahbereich werden künftig Jod-Pillen zur Vorsorge direkt an die Bürger verteilt. (Foto: Archiv)

Für jeden Haushalt reiche eine Packung mit 20 Tabletten aus.

Dennoch sollen Kommunen zusätzliche Reserven horten, um bei Zuzügen und Familienzuwachs gewappnet zu sein. Wer zu Hause die Packungen nicht mehr findet, kann sich dann im Gemeindedepot eindecken. Grundsätzlich sind die Tabletten allerdings nur für Leute bis 45 Jahre geeignet. Bei älteren Menschen sei das Gesundheitsrisiko einer schwerwiegenden Schilddrü-

senerkrankung höher als das Krebsrisiko.

Im Landkreis Heilbronn würden 850 000 Pillen aus dem Jahr 1990 ersetzt, betont Pressesprecher Manfred Körner. Beispielsweise lagern in Lauffen 121 000 Jodtabletten, in Neckarwestheim 38 000 und in Flein 61 000. Zur GKN-Kernzone gehören im Landkreis Heilbronn Neckarwestheim, Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebrott, Flein, Ilsfeld, Lauffen, Nordheim, Talheim,

Untergruppenbach. Im Nahbereich des Obrigheimer Reaktors liegen im Unterland die Kommunen Gundelsheim, Bad Rappenau und Siegelbach. Für den 8. September plant die Kreisbehörde laut Körner ein Gespräch mit den Kommunen, „wie es verteilt werden soll“.

Sehr kritisch äußert sich Neckarwestheims Bürgermeister Mario Dürr über das, was „Ministeriums-bürokraten“ ausgebrütet haben: „Es ist ein Blödsinn.“ Bisher sind die

Jodpillen im Bunker der Neckarwestheimer Tiefgarage gebunkert. Die Verteilaktion an Haushalte sei nun für die Gemeinden mit Kosten verbunden. „Was machen wir bei Zuzügen?“, fragt Dürr. „Es soll ja Menschen geben, die nach Neckarwestheim ziehen.“ Bekommen die Neubürger zur Begrüßung von der Gemeinde gleich eine Pillenpackung verabreicht? Für Verwaltungschef Dürr sind noch einige Fragen offen.